

## Zwischen Kontinuität und Transformation – Antisemitismus im gegenwärtigen medialen Diskurs Österreichs

von

Klaus Hödl/Gerald Lamprecht (Graz)

erschienen in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII (2005), Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, Göttingen 2005, 140-159.

Der Bericht der EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) über Antisemitismus in Europa stellt Österreich, zumindest im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, ein »relativ akzeptables« Zeugnis aus. Im Gegensatz vor allem zu Frankreich, den Niederlanden oder auch Großbritannien scheint es in Österreich für Juden sicherer zu sein – das Risiko, tätlich angegriffen zu werden, nimmt sich für sie geringer aus.<sup>1</sup> Auch wenn der Präsident der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, zu Beginn des Jahres 2004 anlässlich einer Tagung des Europäischen Jüdischen Kongresses in Jerusalem kundtat, daß seine Kinder Österreich verlassen hätten, weil sie den Stress, in diesem Land Juden zu sein, nicht länger ertragen hätten,<sup>2</sup> und in einem Zeitungsinterview darauf hinwies, daß Juden auch in Wien gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt seien, so steht für ihn gleichfalls fest, daß physische Gewalt in anderen Ländern häufiger vorkomme als in Österreich.<sup>3</sup> Dieser Umstand macht das Land zwar noch zu keiner Vorzeigesellschaft und soll auch nicht zur Relativierung antisemitischer Zwischenfälle herangezogen werden. Doch kann er als wichtiger Indikator für eine Standortbestimmung dienen, wenn man sich mit dem Phänomen des Antisemitismus in Österreich beschäftigt.

Die Beobachtung, daß sich der österreichische Antisemitismus durch eine geringe Gewaltbereitschaft auszeichnet, impliziert nicht, daß er dadurch vernachlässigbar sei.<sup>4</sup> Bereits

---

<sup>1</sup> Werner Bergmann/Juliane Wetzel, Manifestations of anti-Semitism in the European Union – First Semester 2002, Synthesis Report, Wien und Berlin 2003, 84-89; nur online verfügbar als »Draft 20 February 2003« u.a. unter <[http://www.fritz-bauer-institut.de/aktuelles/anti-semitism\\_in\\_the\\_european\\_union.pdf](http://www.fritz-bauer-institut.de/aktuelles/anti-semitism_in_the_european_union.pdf)>. Einige Monate später erschien eine erweiterte Fassung des Berichts, in dem Österreich mehr Platz gewidmet wird. An der grundsätzlichen Aussage über den österreichischen Antisemitismus änderte sich in der ausführlicheren Fassung nichts.

<sup>2</sup> Ariel Muzicant, »Juden wieder Freiwild in Europa«. Der Antisemitismus-Streit zwischen der EU und der jüdischen Welt eskaliert: Ariel Muzicant attackiert die EU und Österreich, in: *Die Presse*, 3. Februar 2004, <[www.diepresse.at/textversion\\_article.aspx?id=402707](http://www.diepresse.at/textversion_article.aspx?id=402707)>.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Laut dem Bericht des Forums gegen Antisemitismus gab es im Jahr 2003 29 antisemitische Beschmierungen, 8 tätliche Angriffe gegen Juden, 20 Beschimpfungen/Bedrohungen, rund 160 Droh- und Schmähbriebe an die IKG und andere jüdische Einrichtungen sowie zahlreiche Postings in den Internetausgaben

gegen Ende des 19. Jahrhunderts war er in Wien auffallend wenig durch Tötlichkeiten gegen Juden geprägt.<sup>5</sup> Dieser Umstand verhinderte jedoch nicht, daß Wien die erste Hauptstadt in Europa wurde, die von einer antisemitischen Partei, den Christlichsozialen, regiert wurde.<sup>6</sup> Die erwähnte EUMC-Studie weist ebenfalls nicht allein auf vergleichsweise bessere Verhältnisse in Österreich hin, sondern erwähnt auch das Vorhandensein eines Antisemitismus, der sich in »diffusen und traditionellen Stereotypen« manifestiere.<sup>7</sup> Mit dieser Feststellung betont der EUMC-Bericht nicht nur das Vorhandensein eines Antisemitismus in der Alpenrepublik und umreißt nicht allein seinen Charakter, sondern impliziert auch einen Vorwurf gegen die politischen Entscheidungsträger des Landes, gegen judenfeindliche Gesinnung bislang nicht genügend effektiv vorgegangen zu sein. Die geringe Neigung zur Gewaltanwendung unter den Antisemiten in Österreich ist zwar erfreulich, allerdings nicht die Folge einer breit angelegten Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus. Sie resultiert vielmehr aus der demographischen Struktur des Landes, in dem es im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung weniger Muslime als beispielsweise in Frankreich gibt. Dadurch ist auch die Anzahl der Menschen, die sich im israelisch-palästinensischen Konflikt direkt mit den Palästinensern solidarisieren und diesen auf Europa übertragen, geringer.

Die in der EUMC-Studie vorgenommene Kategorisierung des österreichischen Antisemitismus bildet die Grundlage für den vorliegenden Artikel. Es wird versucht, Gründe für das Vorhandensein von Antisemitismus namhaft zu machen und an einigen ausgesuchten Beispielen seine traditionellen und transformierten Erscheinungsformen im medialen Diskurs zu illustrieren.

### ***Antisemitismus nach 1945 – Ein kurzer Rückblick***

Das Fundament für den Fortbestand eines traditionellen Antisemitismus in Österreich wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt. Die in der Moskauer Deklaration von 1943 festgelegte Haltung der Alliierten, daß Österreich das erste Opfer Hitlerdeutschlands gewesen sei,<sup>8</sup>

---

der österreichischen Tageszeitungen und des ORF-Online. Die antisemitischen Postings erfolgten vor allem bei Beiträgen zum Thema Restitution und im Zuge der »Hohmann-Affäre«. Vgl. ZARA Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit (Hg.), Rassismus Report 2003. Einzelfall-Bericht über rassistische Übergriffe und Strukturen in Österreich, Wien 2004, 47 f.

<sup>5</sup> John W. Boyer, *Political Radicalism In Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848-1897*, Chicago 1981, 378.

<sup>6</sup> Steven Beller, Theodor Herzl, Wien 1996, 46.

<sup>7</sup> »The Austrian problem of anti-Semitism seems to focus more on these diffused an traditional stereotypes than an acts of physical aggression.« Bergmann/Wetzel, *Manifestations of anti-Semitism* (Anm. 1), 85.

<sup>8</sup> Robert H. Keyserlingk, 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration. – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg, in: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.), *Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten*

eröffnete dem Land 1945 die Möglichkeit, sich der Mitverantwortung an der Shoah und anderen Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes weitgehend zu entziehen und folglich auch einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Ideologie dem Wege zu gehen. Gegen Antisemitismus wurde bestenfalls halbherzig und auf Druck der alliierten Besatzungsmächte vorgegangen, so beispielsweise anlässlich der »Affäre Kunschak«. Dabei hatte der 1945-1953 als Präsident des österreichischen Parlamentes fungierende Leopold Kunschak im Dezember 1945 in Wien im Rahmen einer Kundgebung, die als Protest gegen die Einreise polnischer Juden organisiert worden war, gemeint, daß er immer Antisemit gewesen sei und es auch weiterhin bleibe. Unter dem Beifall Tausender Demonstranten fügte er hinzu, daß weder einheimische noch fremde Juden in Österreich etwas zu suchen hätten.<sup>9</sup> Der damalige Bundeskanzler Leopold Figl versuchte die Irritation, die diese Äußerung im Ausland hervorgerufen hatte, zu besänftigen, indem er meinte, daß Kunschak kein Antisemit aus rassistischen, sondern lediglich aus ökonomischen Gründen sei.<sup>10</sup>

Die schon bald nach dem Krieg einsetzende Werbung um die Wählerstimmen der mehrheitlich im »Verband der Unabhängigen« zusammengeschlossenen ehemaligen NationalsozialistInnen mußte jeden Versuch, das Dritte Reich als Antithese zur demokratischen Zweiten Republik zu statuieren, hinfällig machen. Personelle Kontinuitäten in der Verwaltung, im Schulbereich, an den Universitäten oder auch in der Rechtsprechung ermöglichten gleichsam eine Persistenz antisemitischen Denkens.<sup>11</sup> Die Verwüstung der jüdischen Friedhöfe in Innsbruck, Klagenfurt und anderen Orten, eine Vielzahl von Schmieraktionen und eine erstaunliche richterliche Nachsicht bei Verhandlungen über antisemitische Beschimpfungen und Aussagen prägten das Stimmungsbild in den 1950er und frühen 1960er Jahren.<sup>12</sup> Einer der Höhepunkte öffentlich geäußerten Antisemitismus in der Zweiten Republik, gleichzeitig auch ein untrügliches Indiz für den schlampigen, politisch instrumentalisierten Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, bildete die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre um die Mitte der 1970er Jahre. Dabei wurde der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ), Friedrich Peter, von Simon Wiesenthal<sup>13</sup> mit

---

Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien 1997, 34.

<sup>9</sup> Evelyn Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik. Ein Überblick anhand einiger ausgewählter Beispiele, in: Heinz P. Wassermann (Hg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945 (= Schriften des Centrums für Jüdische Studien 3), Innsbruck 2002, 12-65, hier 13.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Bernd Marin, Ein historisch neuartiger »Antisemitismus ohne Juden«, in: Gerhard Botz/Ivar Oxaal/Michael Pollak (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Buchloe 1990, 340.

<sup>12</sup> Siehe die Zeitschrift *Die Gemeinde. Offizielles Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien*.

<sup>13</sup> Simon Wiesenthal, geb. 1908 im galizischen Buczacz, überlebte während des Nationalsozialismus mehrere Konzentrationslager. Er gründete im Nachkriegsösterreich das Dokumentationszentrum des Bundes Jüdischer Verfolgter und widmete sich u. a. der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrecher. Sein größter Coup gelang ihm mit dem Aufstöbern von Adolf Eichmann.

Dokumenten konfrontiert, die belegten, daß er während des Zweiten Weltkriegs Dienst in der 1. Infanteriebrigade, einer SS-Einheit, der schwere Kriegsverbrechen angelastet wurden, getan hatte. Darüber hatte Peter bislang geschwiegen.<sup>14</sup> Der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky verteidigte Peter mit »traditionellen antisemitischen Stereotypen«, wobei er die österreichische Staatsbürgerschaft Wiesenthals in Frage stellte, ihn der Kollaboration mit der Gestapo bezichtigte und ihm bereits vorab die Schuld für einen durch seine Enthüllungen vielleicht noch aufbrechenden Antisemitismus zuschob.<sup>15</sup>

Eine Trendwende im öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus – Indiz wie auch Folge eines geänderten Geschichtsbildes – und ein Wandel in der Haltung zum und Sensibilisierung gegenüber Antisemitismus kündigten sich erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an.<sup>16</sup> Die Übernahme des Vorsitzes der FPÖ durch Jörg Haider mit tatkräftiger Unterstützung des völkisch-deutschnationalen Teils der Partei ließ Berührungen mit dem Antisemitismus oder zumindest den politischen Gebrauch antisemitischer Codes befürchten und eintreten.<sup>17</sup> Die Bezeichnung der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager als Straflager<sup>18</sup> oder die Benennung der auf einen Expansionskrieg ausgerichteten und letztlich auch den Holocaust unterstützenden nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik als »ordentliche Beschäftigungspolitik«<sup>19</sup> sind nicht die einzigen, gleichwohl aber markante Beispiele für eine (gerichtlich nicht nachweisbar intendierte) Relativierung der Verbrechen des Dritten Reiches durch Haider. Der Wahlkampf zur österreichischen Präsidentschaft im Jahr 1986, den Kurt Waldheim mit einer ostentativ indifferenten Haltung zum Thema der Verantwortung im Nationalsozialismus bestritt und letztlich gewann, stellte ein Klima dar, das antisemitische Artikulationen förderte. So äußerte sich der damalige ÖVP-Generalsekretär Michael Graff über eine etwaige schuldhaftige Verstrickung von Waldheim in der Ermordung von Juden: »Solange nicht bewiesen ist, daß er [Waldheim] eigenhändig sechs Juden erwürgt hat, gibt es kein Problem«.<sup>20</sup>

---

<sup>14</sup> Ruth Wodak (u. a.), »Wir sind alle unschuldige Täter.« Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt/Main 1990, 285 f. Kreiskys Ausfälle sind auf ein parteipolitisches Kalkül, damit die FPÖ in der Regierungskoalition mit der SPÖ zu halten, zurückzuführen.

<sup>15</sup> Ebd., 286 ff.

<sup>16</sup> Vgl. Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. Transformationen des »österreichischen Gedächtnisses«, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 - Arena der Erinnerungen (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin 2004/05), Mainz 2004, 481-508.

<sup>17</sup> Heribert Schiedel/Wolfgang Neugebauer, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hg.), »Dreck am Stecken«. Politik der Ausgrenzung, Wien 2002, 11-31, hier 17.

<sup>18</sup> Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die »Freiheitlichen« in Österreich, Berlin 1997, 69.

<sup>19</sup> Evelyn Adunka, Die vierte Gemeinde. Die Wiener Juden in der Zeit von 1945 bis heute, Wien 2000, 503.

<sup>20</sup> Zit. nach Wodak, Täter (Anm. 13), 366.

Die Vorgänge um Haider und Waldheim machten einer neuen Generation von ÖsterreicherInnen die Versäumnisse der Politik bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus bewußt und markierten den Beginn einer neuen Art der Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte. Die Waldheim-Affäre war der letzte Anstoß und gleichzeitig das wichtigste Movens für die Aktivierung eines Teiles der Bevölkerung zu einem Sprachrohr eines »anderen, aufgeklärten Österreich[s]«, das in der klaren Verurteilung des Nationalsozialismus an internationale Standards in der Beurteilung der Vergangenheit, und damit auch der Shoah, anschloß.<sup>21</sup> Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete zweifellos die Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 vor dem Nationalrat, daß viele Österreicher an »den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt« gewesen seien und es eine »moralische Mitverantwortung für Taten unserer Bürger« gebe.<sup>22</sup>

### ***Manifestationen von traditionellem Antisemitismus in rechtsnationalen Kreisen***

Mit diesem kurzen historischen Abriß sollte gezeigt werden, daß es in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte kein Klima gegeben hat, das ein effizientes Vorgehen gegen antisemitische Imaginationen gefördert hätte. Das heißt nicht, daß es an Maßnahmen zu dessen Eindämmung gefehlt hätte. Allerdings waren unter dem Deckmantel einer öffentlichen Tabuisierung die Bedingungen für einen Fortbestand antijüdischer Stereotypen sehr günstig, und neue Einstellungen konnten sich demgegenüber nur sehr langsam behaupten. Darin liegt ein Grund für die in der Gegenwart immer noch anzutreffenden traditionellen antisemitischen Vorurteile.

In den letzten Jahren ist der traditionelle Antisemitismus zunehmend aus seiner Latenz getreten. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung dürfte im Regierungseintritt der FPÖ im Jahre 1999 gelegen haben. Davor hatte es den Anschein, daß antisemitische Vorurteile vor allem in der FPÖ bzw. ihrem näheren Umfeld anzutreffen seien. Diese Annahme fand nicht zuletzt in einer 1995 vom österreichischen Gallup-Institut durchgeführten Studie, die unter den Sympathisanten der FPÖ eine stärkere antisemitische Neigung als in der übrigen

---

<sup>21</sup> Erklärung von Bundeskanzler Franz Vranitzky vor dem Nationalrat am 8. Juli 1991, zit. nach Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker* (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 13), Frankfurt/Main und New York, 557 f. Diese Sichtweise ist nicht ganz unstrittig. Siehe Michael Gehler, *Die Affäre Waldheim: Eine Fallstudie zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den späten achtziger Jahren*, in: Steininger, Österreich (Anm. 8), 377.

<sup>22</sup> Heidemarie Uhl, »Nur jener, der mit der Vergangenheit im Reinen ist, hat die Hände frei für die Zukunft.« Zur Frage der Instrumentalisierung der Vergangenheitsbewältigung, in: Lutz Musner/Gothart Wunberg/Eva Cescutti (Hg.), *Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik*, Innsbruck 2002, 10-26, hier 20 f.

Bevölkerung feststellte, eine wissenschaftliche Bestätigung.<sup>23</sup> Vor diesem Hintergrund wären Personen, die judenfeindlich auslegbare Äußerungen tätigten, in ein Nahverhältnis zu dieser Partei gebracht worden. Solange der FPÖ der Geruch des Nichtrespektablen anhaftete, wurde dies tunlichst vermieden. Das änderte sich allerdings mit der ersten FPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung, mit der ein schlampiger Umgang mit der Vergangenheit, und darin impliziert auch mit der Shoah, sowie antisemitisch auslegbare Äußerungen über »jüdische Differenz« in gewisser Weise »salonfähig« wurden.

Die »neue Toleranz« gegenüber traditionellem Antisemitismus hat die FPÖ ihrer Rolle als dessen »vordringliches Sprachrohr« nicht enthoben. Das Verhalten einzelner ihrer Politiker läßt sogar die Vermutung zu, daß sich die Freiheitliche Partei mit Nachdruck um Beibehaltung dieses fragwürdigen Privilegs bemüht. Als beispielsweise im Juni 2003 im österreichischen Parlament eine Debatte über die Subventionierung der Israelitischen Kultusgemeinde stattfand, fiel der Kärntner FPÖ-Abgeordnete Uwe Scheuch durch Zwischenrufe auf, statt dessen die Bergbauern zu unterstützen. Als der SPÖ-Abgeordnete Walter Posch meinte, daß es eine Verpflichtung der Republik gebe, der jüdischen Gemeinde zu helfen, meinte Scheuch, das werde er »ein paar Kärntner Freunden erzählen«.<sup>24</sup>

Scheuchs vorgebliche Warnung wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Kärnten die Hochburg der FPÖ darstellt und gleichzeitig das Bundesland ist, in dem Haider als Landeshauptmann fungiert. Die provokative Unbefangenheit, mit der Haider (gewollt oder ungewollt) Themen des Nationalsozialismus relativiert und mit antisemitischen Codes operiert, müssen als Erfahrungshintergrund von Scheuchs Ausfällen verstanden werden. Seine Referenz auf seine amikablen Beziehungen statuiert die Kärntner FPÖ als vorrangige Institution, die die Interessen der »autochthonen Bevölkerung« (im konkreten Fall der Bergbauern) gegenüber »Anderen« (Juden) vertritt.

Ein markantes Ereignis, in dessen Umfeld das neue Klima im Umgang mit dem Nationalsozialismus, und damit vor allem auch mit den Juden, zum Ausdruck kam, stellte die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« (»Wehrmachtsausstellung«) dar. Sie wurde in zwei Versionen gezeigt. Bei der ersten Schau, die in den 1990er Jahren an verschiedenen Orten vorgestellt wurde, war nicht allen gezeigten Fotos die richtige Bildunterschrift zugeordnet, wodurch die Ausstellung neu überarbeitet und erst anschließend wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Bereits zur Zeit der ersten Schau in Wien gab es einen Eklat, als der FPÖ-Abgeordnete John Gudenus in ihrem

---

<sup>23</sup> Bailer-Galanda, Haider (Anm. 16), 96.

<sup>24</sup> Antisemitische Entgleisung eines Bergbauern, in: *Der Standard*, 14. Juni 2003, 7.

Umfeld meinte, daß er Schwierigkeiten mit der Erinnerung an Gaskammern habe.<sup>25</sup> Gudenus trat dann auf politischen Druck hin zurück.

Im Rahmen der neu konzipierten Version kam es immer wieder zu heftigen Protesten gegen die angeblich generelle Diffamierung der Wehrmacht, die zwar in geringerem Maße direkt antisemitisch waren, jedoch in ihrer tendenziellen Verklärung des Nationalsozialismus doch jenes Meinungsklima aufbereiteten, in dem schon bisher der Antisemitismus in Österreich gepflegt worden war. In Wien gab es beispielsweise im April 2002 am Heldenplatz eine Kundgebung von Skinheads und anderen Gegnern der Wehrmachtausstellung. Deren Störung durch eine Gegendemonstration und damit Ablenkung der Polizei ausnutzend, formierten sich einige Skinheads und zogen mit Sieg-Heil-Rufen durch die Wiener Innenstadt.<sup>26</sup> In Salzburg wurde unter Patronanz des ÖVP-Bürgermeisters im Rathaus eine Gegenausstellung organisiert, in der Walther Groß, ehemals Angehöriger der 1. SS-Panzerdivision (Leibstandarte Adolf Hitler) Bilder über seine Erlebnisse in der Kriegsgefangenschaft zeigt.<sup>27</sup> Störversuche in Klagenfurt<sup>28</sup> und andere Protestmaßnahmen sollen an dieser Stelle nicht einzeln aufgezeigt, jedoch in ihrer Gesamtheit als Beleg für die These herangezogen werden, daß es in Österreich einen großen Personenkreis gibt, der gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit kein eindeutig kritisches, sondern bestenfalls ein ambivalentes Verhältnis hat. Darin liegt ein wesentlicher Nährboden für den Fortbestand einer traditionellen Form von Antisemitismus, der gegenwärtig immer häufiger und unverhaltener ventiliert wird.

### ***Traditioneller Antisemitismus im gesellschaftlichen Mainstream***

Konkret zeigt sich dieser »Traditionalismus« in den Wortmeldungen zum Nahostkonflikt, die auch in anderen Ländern als Diskursfeld des neuen Antisemitismus bei der Rechtfertigung für die Gewalt von muslimischen Jugendlichen gegen Juden gilt. In Österreich wird in der Kritik an Israel jedoch auf altbekannte Argumentationsmuster zurückgegriffen, welche immer schon konstitutive Elemente des Antisemitismus gebildet haben. Ein besonders illustratives Beispiel stellt ein Artikel des ehemaligen ORF-Generalsekretärs Gerd Bacher dar, der am 13. Dezember 2003 in der konservativ ausgerichteten Tageszeitung *Die Presse* erschien. Trotz oder vielleicht auch wegen der europaweiten Debatte über die beobachtbare Tendenz, mit

<sup>25</sup> Eva Linsinger/Peter Mayr, Alltag der Kriegsverbrechen, in: *Der Standard*, 3. April 2002, 8.

<sup>26</sup> Andreas Feiertag, Keine Heldentat am Heldenplatz, in: *Der Standard*, 15. April 2002, 8.

<sup>27</sup> Vgl. Neues von ganz rechts - März 1998, in: Mitteilungen des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes, März 1998, <[www.doew.at/projekte/rechts/chronik/1998\\_03/kameradbund.html](http://www.doew.at/projekte/rechts/chronik/1998_03/kameradbund.html)> [2.8.2004, Abrufdatum] .

<sup>28</sup> Vgl. Linsinger/Mayr, Alltag der Kriegsverbrechen, (Anm. 24), 8.

einer Hinterfragung der israelischen Politik judenfeindliche Inhalte zu transportieren, beginnt der Verfasser seinen Beitrag mit der Feststellung, daß berechtigte Kritik an Israel vorschnell als antisemitisch punziert werde. »Es hat den Anschein, als leiteten Israel und das offizielle Judentum – nicht ›die Juden‹! – aus der Shoah das Privileg einer weltpolitischen Sonderstellung ab.«<sup>29</sup> Bacher gelangt nicht deswegen zu seiner Aussage, weil er die Vorwürfe, mit denen Israel bedacht wird, analysiert, und setzt sich auch nicht mit den dabei verwendeten Formulierungen auseinander – er trifft lediglich eine Feststellung. Er begründet seine Sichtweise mit der Vermutung, daß Israel den Holocaust als Legitimation benutze, um sich außerhalb der internationalen Wertegemeinschaft zu stellen. Mit dem Hinweis auf eine »jüdische Sonderstellung« greift Bacher, bewußt oder unbewußt, auf einen antijüdischen Vorwurf zurück, der seit dem Mittelalter ein fixer Bestandteil der Judenfeindschaft war und die Andersartigkeit der Juden, seit der Aufklärung auch die Unmöglichkeit von deren Integration in die nichtjüdische Bevölkerung, aufzeigen und begründen sollte. Bacher überträgt dieses Vorurteil kurzerhand auf Israel.

Eine weitere Formulierung in dem Zeitungsartikel, die zum Repertoire antijüdischer bzw. antiisraelischer Texte gehört, findet sich im Hinweis, daß »der behauptete ›Antisemitismus‹ als moderner Bannfluch« wirke, und dabei die alte Psychologen-Erfahrung vergessen worden sei, »daß pausenlose Zurechtweisung kontraproduktiv wirkt«. Mit dieser Aussage warnt Bacher vor einem »wirklichen«, »tatsächlichen«, auf jeden Fall aber noch bevorstehenden Antisemitismus, der dann jedoch von Israel und dem »offiziellen Judentum« zu verantworten sei. Auch diese Art der Exkulpierung von Antisemiten, die den Juden die Schuld für die Feindseligkeit gegen sie zuschreibt, ist keine erst von Bacher vorgenommene Umkehr der Opfer-Täter-Rolle, sondern durchzieht den gesamten judenfeindlichen Diskurs.

Und letztlich differenziert der Verfasser des Zeitungsbeitrages zwischen einem durch die Politik Sharons möglicherweise verursachten Antisemitismus und einem »klassischen Antisemitismus [...], der auf irrationaler Ablehnung von Rasse und Religion beruht. Und nur dieser Antisemitismus ist verwerflich.«<sup>30</sup> Die erste Form von Antisemitismus, dessen Existenz Bacher, in Widerspruch zu seinen bisherigen Ausführungen, zumindest für möglich hält und der als arabischer bzw. moslemischer Antijudaismus verstanden werden müsse, sei ein »Haß direkt Betroffener«<sup>31</sup>, mit anderen Worten eine unmittelbare Reaktion auf Israels Politik, für ihn auf jeden Fall aber nicht »verwerflich«.

---

<sup>29</sup> Gerd Bacher, Virtuellem Antisemitismus als Bannfluch und strategische Waffe, in: *Die Presse*, 13. Dezember 2003, <[www.diepresse.at/textversion\\_article.aspx?id=394242](http://www.diepresse.at/textversion_article.aspx?id=394242)>.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Ebd.



Bacher verwendet in seinem Artikel Codes und Argumentationsmuster, die für antisemitische Texte charakteristisch sind. Gegen den Vorwurf, sich judenfeindlicher Formulierungen bedient zu haben, wie es in einem Leserbrief heißt, der einige Tage nach der Veröffentlichung seines Artikels erschien, verwahrt er sich allerdings.<sup>32</sup> Vor dem Hintergrund seiner Definition von Antisemitismus kann er das auch in voller Überzeugung machen, da er weder rassistische noch religiöse Vorbehalte gegen Juden vorbringt.

Bachers Artikel wurde an dieser Stelle nicht deswegen so ausführlich behandelt, weil es darum ginge, ihn des Antisemitismus zu überführen. Vielmehr wurde seine Veröffentlichung herangezogen, weil Bacher aufgrund seines gesellschaftlichen Status als konservativer Intellektueller als besonders gutes Beispiel für den im österreichischen medialen Diskurs verbreiteten Mangel an Bereitschaft, Stereotypen zu hinterfragen, dient. Die Vorstellung, daß Juden selbst schuld am Antisemitismus seien, sie eine Sonderstellung für sich beanspruchten und man eigentlich kein Antisemit sein könne, wenn man jüdische Freunde habe – auf die Bacher in seinem Artikel natürlich ebenfalls verweist –, sind zentrale Komponenten einer antisemitischen Einstellung bzw. eines Denkens, das mannigfaltige Berührungspunkte mit antisemitischen Codes besitzt.

Ein weiteres Beispiel für die Übertragung traditioneller Formen von Antisemitismus auf gegenwärtige Problemfelder erschien ein halbes Jahr später abermals in der Zeitung *Die Presse*. Ihr ehemaliger Chefredakteur und Herausgeber, Thomas Chorherr, setzte sich in einem Beitrag mit dem österreichischen EU-Wahlkampf im Juni 2004 auseinander und meint, daß die Juden zum Reichtum verholfen habe (»[...] vielleicht deswegen [...] wohlhabend«). In diesem Artikel, wie schon zuvor in jenem Bachers, trifft man somit ebenfalls auf altbekannte Codes und Vorurteile, zuvorderst auf die Exkulpierung der Antisemiten und das Stereotyp vom reichen Juden. Daß er vom Neid der Bevölkerung gegen die Spesenabrechnungen der EU-Beamten geprägt gewesen sei. Dagegen könne man wenig machen, da der Neid eine »anthropologische Grundkategorie« sei. Vom Jahr 2004 zieht er sodann unvermutet eine Parallele zum ausgehenden 19. Jahrhundert, als Karl Lueger zum Bürgermeister gewählt wurde. Ausschlaggebend sei auch damals, als der Antisemitismus in Wien einen Höhepunkt erreichte, der Neid gewesen. Die »kleinen Leute« hätten »die Juden sehr oft beneidet«, die »tun sei, die Juden zum Reichtum verholfen habe (»[...] vielleicht deswegen [...] wohlhabend«). In diesem Artikel, wie schon zuvor in jenem Bachers, trifft man somit ebenfalls auf altbekannte Codes und Vorurteile,

---

<sup>32</sup> Gerd Bacher, Zu Peter Landesmanns Vorwurf, ich sei antisemitisch, in: *Die Presse*, 20. Dezember 2003, <[www.diepresse.at/textversion\\_article.aspx?id=395822](http://www.diepresse.at/textversion_article.aspx?id=395822)>.

zuvorderst auf die Exkulpierung der Antisemiten und das Stereotyp vom reichen Juden. chtig waren und strebsam und vielleicht deswegen mit der Zeit auch wohlhabend«.<sup>33</sup>

Der Ursprung des Antisemitismus wird von Chorherr auf eine allgemeine menschliche Verhaltenskomponente zurückgeführt (»anthropologische Grundkategorie«), wodurch seine menschenverachtende Dimension stark relativiert wird. Antisemitismus wird dabei mit der Empörung über die Verdienstmöglichkeiten der EU-Beamten gleichgesetzt. Im weiteren wird auch das Stereotyp des »reichen Juden« strapaziert, allerdings unter Verfälschung der Wirklichkeit, da die Mehrheit der Wiener Juden zur Zeit Luegers eher zu den verarmten Bevölkerungsschichten gehörte. Aber um diese Feinheiten geht es Chorherr nicht. Wenn er sich in Subtilität übt, dann in der Hinterfragung der Annahme, daß es die Verwirklichung bürgerlicher Normen (Tüchtigkeit, Strebsamkeit) gewesen sei, die Juden zum Reichtum verholfen habe (»[...] vielleicht deswegen [...] wohlhabend«). In diesem Artikel, wie schon zuvor in jenem Bachers, trifft man somit ebenfalls auf altbekannte Codes und Vorurteile, zuvorderst auf die Exkulpierung der Antisemiten und das Stereotyp vom reichen Juden.

### ***Transformationen des Antisemitismus***

Mit den beiden Artikeln von Gerd Bacher und Thomas Chorherr sollte nicht nur an konkreten Beispielen gezeigt werden, welche Erscheinungsformen eines tradierten Antisemitismus es im gegenwärtigen Österreich gibt, sondern im ersten Fall auch, in welche Form Israelkritik gegossen wird. Der Nahostkonflikt ist heutzutage europaweit ein wichtiger Einfallstor für – partiell sich in Brachialgewalt manifestierenden – Antisemitismus. In Österreich stellt er einen zentralen Stimulus für die Artikulation traditioneller judenfeindlicher Stereotype dar. Diese prägen aber nicht nur das Denken von deklarierten Antisemiten, sondern stoßen auch in großen Teilen der Bevölkerung auf Resonanz.

Der in Österreich vorhandene traditionelle Antisemitismus erweist sich durch stetig neue Themen aktivierbar. Dabei wird er aber nicht nur mit einer zeitgenössischen Firnis überzogen, die ihn neu erscheinen läßt, sondern auch transformiert. Durch die Fokussierung auf den Nahostkonflikt und die Integration von Elementen des Antizionismus fungieren die traditionellen Stereotype nämlich auch als Kategorisierungsbehelfe, mit denen komplexe weltpolitische Problemlagen vereinfacht und Scheinlösungen angeboten werden können. Das bedeutet, daß der traditionelle Antisemitismus im 21. Jahrhunderts eine Globalisierung durchläuft. Auch wenn er im Gegensatz zu anderen Ländern in Österreich als nicht

---

<sup>33</sup> Thomas Chorherr, Merk's Wien: Populisten und Neidgenossen, in: Die Presse, 28. Juni 2004, <[www.diepresse.at/textversion\\_article.aspx?id=429103](http://www.diepresse.at/textversion_article.aspx?id=429103)>.

gewalttätig gilt, liegen in seiner Instrumentalisierung zur »Erklärung« weltpolitischer Zusammenhänge doch Parallelen zum Antisemitismus in anderen europäischen und außereuropäischen Staaten.<sup>34</sup>

Ein weiteres Merkmal des transformierten Antisemitismus, das zumindest partiell auch seine zunehmende »Popularität« begründet, liegt in einem Brückenschlag der Rechten mit der extremen Linken.<sup>35</sup> In einer gemeinsamen Israelfeindschaft, die das Existenzrecht des Staates Israels in Frage stellt und Israel als den Aggressor im Nahostkonflikt darstellt, treffen sich Antimperialismus, »traditioneller« Antisemitismus, Antiamerikanismus, nationaler Rechtsextremismus, Revisionismus, und muslimischer Extremismus, um auf Seiten der arabischen Staaten oder der Palästinenser Position zu beziehen.<sup>36</sup> Diese neue Allianz, die auf eine gewisse Tradition zurückblicken kann<sup>37</sup>, setzt sich aus den Versatzstücken eines linken Antimperialismus und rechten Antisemitismus zusammen und richtet sich nicht nur gegen die israelische Politik und den Staat Israel, sondern stellt eine potentielle Bedrohung für Jüdinnen und Juden in der gesamten Welt dar und wird somit auch unmittelbar mit österreichischen gesellschaftlichen und politischen Themen verknüpft. So wird aus Juden in Österreich, Juden in Israel und Juden in den USA eine »jüdische Lobby« und ein »Weltjudentum«, das im wesentlichen für die gesamte US-Politik im Nahen Osten verantwortlich gemacht wird. Israel und seine Politik werden zum zentralen Problem des Nahostkonflikts hochstilisiert, wie dies beispielsweise regelmäßig in der rechtskonservativen, nationalen Zeitschrift *Zur Zeit* unter der Chefredaktion und Mitherausgeberschaft des freiheitlichen EU-Mandatars Andreas Mölzer zu lesen ist.<sup>38</sup>

So schrieb beispielsweise der ehemalige EU-Abgeordnete der FPÖ, Hans Kronberger, anlässlich der Zuspitzung des Irakkonflikts im Frühjahr 2003 in einem Beitrag in *Zur Zeit* über die Kriegsziele der USA von der »Umwandlung des gesamten Vorderen und Mittleren Ostens in ein amerikanisch-israelisches Protektorat«<sup>39</sup> und berief sich dabei auf einen sogenannten

<sup>34</sup>Vgl. Gerhard Hanloser, Wiederholt auf der Bühne. Die Konjunkturen des Antisemitismus, in: *blätter des iz3w* 273 (November/Dezember 2003), 12-15, hier 12.

<sup>35</sup> Vgl. Wolfgang Neugebauer, Israelkritik als neuer Antisemitismus?, in: *Schalom. Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft* 3/4 (Oktober 2003), 28 ff., hier 28.

<sup>36</sup>Vgl. Anton Maergerle/Heribert Schiedel, Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten, Homepage des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes unter: [www.doew.at/thema/rechts/allianz.html](http://www.doew.at/thema/rechts/allianz.html) [6. Juli 2004, Abrufdatum].

<sup>37</sup>Ebd. Maergerle und Schiedel weisen in ihrem Beitrag auf die bereits zwischen Nationalsozialisten und arabisch-palästinensischen Vertretern bestehenden Allianzen und Sympathiekundgebungen hin. Aber auch zwischen der extremen Linken und Rechten gab es schon seit den sechziger Jahren Anknüpfungspunkte, wenn es um die Frage des Antisemitismus und Antizionismus ging. Zu nennen ist hier exemplarisch die Person Horst Mahlers, der in den Sechzigern führender RAF-Aktivist war und in den letzten Jahren zu den bekanntesten Revisionisten und Rechtsextremen Europas zählt. Vgl. Maergerle/ Schiedel, Krude Allianz (Anm. 35).

<sup>38</sup>An dieser Stelle sei nur exemplarisch auf die Ausgabe Nr. 46 im Jahr 2003 verwiesen, die sich in mehreren Beiträgen mit den antisemitischen Entgleisungen des Malaysischen Premiers Mahathir Mohamad beschäftigt. Siehe vor allem: Friedrich Romig, Von den Juden lernen. Malaysias Ex-Premier Mahathir Mohamad sorgte für Aufsehen, in: *Zur Zeit* 46 (2003), 9-10.

<sup>39</sup> Hans Kronberger, Ein Weltkrieg ante portas?, in: *Zur Zeit* 7/8 (2003), 9.

»Wolfowitz«-Plan.<sup>40</sup> Kronbergers Analyse der Situation im Nahen Osten erschien in derselben Nummer von *Zur Zeit*, in der Friedrich Romig zum Schluß kam: »Das Problem im Nahen Osten ist nicht Saddam Hussein, sondern das sind Bush und seine israelischen Freunde, die ihn und seine Allianz am Gängelband führen«.<sup>41</sup>

Unter ähnlichen argumentativen Vorzeichen stehen sicherlich auch die Irakreisen des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider, die für erhebliches mediales und auch politisches Aufsehen gesorgt haben. In einem Interview sah er einen Grund für einen drohenden Irakkrieg darin, daß »in den letzten Jahren [...] der Irak zu einem ernst zu nehmenden Faktor gegenüber Israel geworden sei [...]« und es daher die Überlegung gebe, »mit einem solchen Waffengang einen ernst zu nehmenden, möglichen Bedrohungsfaktor für Israel auszuschalten und damit den Palästinensern eine weitere Unterstützungsfront wegzunehmen«.<sup>42</sup> Haider ging in seiner weltpolitischen Analyse sogar noch weiter, als er anlässlich der Verhaftung Saddam Husseins im Dezember 2003 in allgemeinen Überlegungen über seine Irakreisen und die Treffen mit Saddam Hussein (oder dessen Doppelgängern) zum Ergebnis kam: »Im Vergleich mit anderen Diktatoren im Lebensraum bis China, Israel [sic!] muss ich schon sagen, es fällt mir sehr schwer, hier graduelle Unterschiede zu erkennen«.<sup>43</sup> Haider bediente sich in diesem Interview somit nicht nur des aus der NS-Terminologie stammenden Begriffes »Lebensraum«, sondern setzte Israel mit einer Diktatur gleich und in einem weiteren Schritt Saddam Hussein mit Georg Bush. Er vollzog somit exemplarisch den argumentativen Brückenschlag zwischen den nationalen Rechten und den Ausdrucksformen des neuen Antisemitismus, versteckt und verschleiert hinter einer scheinbaren Kritik an der Politik Israels und den USA.

Letztlich sind es die Person Jörg Haider und die FPÖ, als politische Vertreter der Rechten in Österreich, die wesentlich für die Ausformungen wie auch mediale und teils politische Präsenz des Antisemitismus in Österreich in den letzten Jahren verantwortlich waren und sind.<sup>44</sup> Zwar stellt der Antisemitismus für die österreichische Rechte keinerlei

<sup>40</sup>Als Quelle für seine Aussagen diente Kronberger ein in der *Neuen Kronen Zeitung* erschienener Bericht von Hans Janitschek vom 17. September 2001, in dem unter dem Wolfowitz-Plan die Ziele der US-Politik in der völligen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Entmachtung der sogenannten »Schurkenstaaten«, die dann unter den »Schutz« der NATO oder auch Israels gestellt werden sollten, verstanden wurde. Vgl. Hans Kronberger und der »Tiefpunkt journalistischer Manipulation«, Homepage des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes unter: <[www.doew.at/projekte/rechts/chronik/2003\\_03/kronberger.html](http://www.doew.at/projekte/rechts/chronik/2003_03/kronberger.html)> [6. Juli 2004, Abrufdatum].

<sup>41</sup>Friedrich Romig, Tote machen keine Probleme mehr. Der US-Kriegspfad hinterläßt seine Spuren, in: *Zur Zeit* 7/8 (2003), 24.

<sup>42</sup>Interview mit Jörg Haider, in: *Zur Zeit* 7/8 (2003), 12.

<sup>43</sup>Haider's Sager zu Bush, Saddam und Israel, in: *Der Standard*, 17. Dezember 2003.

<sup>44</sup>Vgl. u.a. Heribert Schiedel, Die FPÖ und der Antisemitismus – Ein lange verdrängter Aspekt, Homepage des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes unter: <[www.doew.at/thema/fpoe/schiedel.html](http://www.doew.at/thema/fpoe/schiedel.html)> [6. Juli 2004, Abrufdatum]; Wolfgang Neugebauer, Antisemitismus und Rechtsextremismus nach 1945, in: Brigitte Bailer-Galanda/ders., ... ihrer Überzeugung treu geblieben. Rechtsextremisten, »Revisionisten« und Antisemiten in Österreich (= Publikationen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes), Wien 1996, 40-59; Schiedel/ Neugebauer, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus (Anm. 16), 11-31; Evelyn Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik (Anm. 9), 12-65.

konsistentes politisches Programm dar, doch wird mit antisemitischen Versatzstücken immer wieder gespielt und dieser als Mittel einer nationalen, »völkischen« identitären Grenzziehung und etwaigen politischen Mobilisierung, wie beispielsweise im Wiener Wahlkampf 2001, verwendet.<sup>45</sup>

### *Antisemitismus als »kultureller Code«*

Der Antisemitismus in seiner österreichischen Spielart ist, wie auch die Berichte von ZARA<sup>46</sup> und auch der anfangs erwähnte EUMC-Antisemitismusbericht festhalten, kein manifester, sondern ein latenter.<sup>47</sup> Er ist ein kultureller Code<sup>48</sup>, der in politischen Debatten ebenso zu finden ist wie an den Stammtischen und in medialen Diskursen. Er trennt das »Eigene« vom »Fremden«, und seine Muster werden von den Menschen erkannt, da sie eine lange Tradition haben und auch nach vielen Jahren der Aufklärungsarbeit und der medialen Tabuisierung noch immer eingeübt und abrufbar sind. Mittels der antisemitischen Argumentationsschemata werden Juden noch immer als Außenseiter der Gesellschaft dargestellt, denen in Österreich lediglich ein »Gastrecht« zuerkannt wird.

So reagierte beispielsweise die konservative Tageszeitung »Die Presse« auf die bereits erwähnten Äußerungen des Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Ariel Muzicant am Rande der Tagung des Europäischen Jüdischen Kongresses in Jerusalem mit der Schlagzeile: »Muzicant: »Juden wieder Freiwild in Europa«. Der Antisemitismusstreit zwischen der EU und der jüdischen Welt eskaliert: Ariel Muzicant attackiert die EU und Österreich.«<sup>49</sup> Muzicant wird in diesem Beitrag unterschwellig der Verrat an der »Heimat« unterstellt, da er darauf hinweist, daß seine Kinder Österreich auf Grund der für Juden schwierigen Lebensbedingungen verlassen hätten. Kritik an Österreich, besonders von Ariel Muzicant und noch dazu im Ausland getätigt, wird als Angriff auf Österreich gewertet und erfordert daher eine Klarstellung. Muzicant muß sich gleichsam dafür verteidigen, daß er das heikle Thema Antisemitismus in der EU und vor allem in Österreich öffentlich anspricht, sich

---

<sup>45</sup>An dieser Stelle sei auf die Wahlkampfauseinandersetzung anlässlich der Wiener Gemeinderats- und Landtagswahlen Anfang 2001 verwiesen. Erstmalig versuchten Jörg Haider und die FPÖ mittels Antisemitismus in der Wahlkampfrhetorik eine politische Mobilisierung. Vgl. Anton Pelinka/Ruth Wodak, Der Skandal heisst nicht nur »Haider«. Vorwort, in: dies., »Dreck am Stecken«. Politik der Ausgrenzung, Wien 2001, 7 ff., hier 7.

<sup>46</sup>ZARA-Zivilcourage und Anti-Rassismus Arbeit unterhält eine Beratungsstelle für Zeugen und Opfer von Rassismus und gibt jedes Jahr einen »Rassismus Report« heraus, der auch antisemitische Vorfälle dokumentiert. Gleichzeitig liefert dieser Bericht eine kurze zusammenfassende Analyse.

<sup>47</sup>Dessen ungeachtet gibt es auch in Österreich zahlreich Übergriffe und vandalistische Zerstörungsakte, wie beispielsweise 1999 in Graz. Martin Behr, Hakenkreuze auf Grabsteine gesprüht, in: *Salzburger Nachrichten*, 22. April 1999.

<sup>48</sup>Vgl. allgemein Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code, in: Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München 2000, 13-36.

<sup>49</sup>Muzicant, »Juden wieder Freiwild in Europa« (Anm. 2).

dagegen wehrt und vermehrte Handlungen der Politik einfordert. Es wird ihm, der im Vergleich zu seinen Vorgängern als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien ein neues, offensiveres jüdisches Selbstbewußtsein in Österreich repräsentiert, gleichsam das Recht der öffentlichen Kritik an Österreich, das im »nationalen Schulter schluß«<sup>50</sup> mit der österreichischen Politik gleichgesetzt wird, untersagt. Ausdruck findet diese Haltung zunächst in der in einem weiteren Zeitungsartikel verwendeten Formulierung »[ü]ber seine Heimat meint er«<sup>51</sup>, worin impliziert wird, daß man über seine »Heimat«, wenn man sie als solche betrachtet, nichts »Schlechtes«/Kritisches sagen dürfe.

Auf den Punkt bringt diese Position der Chefredakteur der Tageszeitung *Die Presse*, Andreas Unterberger, in seinem Leitartikel vom 4. Februar 2004. Er erkennt zwar die Klagen Muzicants, wonach Juden ein Bedürfnis nach Schutz wie andere Bürger haben, an<sup>52</sup> und unterstützt ihn in seiner Einschätzung, daß die »terroristische Internationale« Europa und seine demokratischen Werte angreife. Er kann allerdings Muzicants Äußerungen über Österreich mit dem Argument, daß es auch in anderen Ländern nicht sicherer sei, nicht verstehen. Und letztlich qualifiziert er die Kritik Muzicants an der österreichischen Politik und der EU als »überdrehte Formulierungen«<sup>53</sup> ab, die lediglich für Mißmut sorgen und jeglicher Form der Solidarisierung der nichtjüdischen Bevölkerung mit den Problemen der jüdischen BürgerInnen entgegenstünden, worunter letztlich nichts anderes zu verstehen ist, als daß sich die jüdische Gemeinde über Ablehnung nicht zu wundern brauche, wenn ihr Präsident sich so »ungebührend« benimmt. In Unterbergers Position wird der Mahner zum Ermahnten und letztlich durch seine kritische Stellungnahme an den Rand der Gesellschaft gestellt.

Ein weiteres Beispiel für die Bedeutung des Antisemitismus als kultureller Code ist die Debatte um ein einheitliches Bundestierschutzgesetz, und hier besonders um die Frage des rituellen Schächtens bei Juden und Moslems. Zwar hat der österreichische Verfassungsgerichtshof im Jahr 1998<sup>54</sup> entschieden, daß ein Schächtverbot den Grundsätzen der freien Religionsausübung widerspreche, doch stellte dieses Urteil, wie nachfolgende und auch andere zuvor, für unterschiedliche Tierschutzvereine und vor allem die FPÖ kein

---

<sup>50</sup>Im Zuge der Sanktionen der EU gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ wurde von der schwarz-blauen Koalition der »nationale Schulter schluß« zur »Abwehr« dieser gefordert. Damit sollte vor allem innerösterreichische Kritik zum Verstummen gebracht werden.

<sup>51</sup>Muzicant, »Habe Österreich nicht angegriffen«. Der IKG-Präsident verteidigt seine umstrittenen Aussagen zum Thema Antisemitismus in Europa, in: *Die Presse*, 3. Februar 2004, <[www.diepresse.at/textversion\\_article.aspx?id=402894](http://www.diepresse.at/textversion_article.aspx?id=402894)>.

<sup>52</sup>Andreas Unterberger, Leitartikel: Europa, Israel und Ariel Muzicant, in: *Die Presse*, 4. Februar 2004, <[www.diepresse.at/textversion\\_article.aspx?id=402947](http://www.diepresse.at/textversion_article.aspx?id=402947)>. Unterberger relativiert Muzicants Feststellung mit der Formulierung: »Besuche in Synagogen oder jüdischen Schulen sind in Zeiten wie diesen zumindest für *ängstliche Menschen* [Hervorhebung durch die Autoren] mit stark erhöhtem Blutdruck verbunden.«

<sup>53</sup>Ebd.

<sup>54</sup>Vgl. RS VfGH Erkenntnis 1998/12/17 B 3028/97.

Hindernis dar, ein generelles Schächtverbot auch weiterhin zu fordern.<sup>55</sup> So argumentiert der Verein Aktiver Tierschutz Steiermark in seiner Zeitschrift über das Urteil des Verfassungsgerichtshofes: »Unverständlich ist auch, wie es möglich ist, daß österreichische Richter nationales Recht zugunsten umstrittener ausländischer Riten preisgeben.«<sup>56</sup> Schächten und damit die Mitglieder der Religionsgemeinschaften, die es betreiben, werden somit aus der »einheimischen« Gruppe exkludiert und zu »Fremden«, unerwünschten Menschen gemacht. Noch verstärkt wird diese Exklusion durch ein Zitat des steiermärkischen Landesveterinär Erik Schmid, der behauptet: »Wenn das so ist, können wir ja auch die Vielweiberei erlauben, die hat auch eine jahrtausende (sic!) alte Tradition.«<sup>57</sup> Mit diesem Zitat stellt sich der Verein Aktiver Tierschutz nicht nur gegen das Schächten und die jüdische und islamische Religionsgemeinschaften, sondern es erfolgt gleichzeitig auch eine Hierarchisierung der Kulturen. Der Islam und das Judentum werden als »fremd«, unterhalb der »eigenen« Kultur stehend, positioniert und Anhänger dieser Religionen als unerwünscht, nicht dazu passend, dargestellt. Die Debatte um ein Schächtverbot wird somit zur Auseinandersetzung um die Gestaltung einer österreichischen Gesellschaft und Kultur. Indem das Schächtverbot gefordert wird und die Betreiber als vormodern, unmenschlich und »kulturell unterentwickelt« dargestellt werden, verortet man Juden und Muslime am Rand, außerhalb der Gesellschaft. Ein Leben innerhalb wird nur gestattet, wenn es zur Aufgabe eigenständiger Identität, sprich zur völligen Assimilation kommt.

### ***Zum öffentlichen Umgang mit Antisemitismus***

Da Antisemitismus in Österreich keiner der Tat, sondern über weite Strecken einer des Wortes ist, kann er vor allem als ein mediales Phänomen betrachtet werden. Er wird mittels unterschiedlicher Medien verbreitet und bestätigt und erhält dadurch auch seine herausragende Bedeutung, wenn es um die Bestimmung des »Eigenen« und des »Fremden«, um eine österreichische Identität geht. Denn sowohl die Akteure/Produzenten als auch die

---

<sup>55</sup>Über Jahre hinweg forderten Vertreter der FPÖ immer wieder ein Schächtverbot, wobei dieses Verbot in den Verhandlungen um ein einheitliches Bundestierschutzgesetz zum zentralen Verhandlungsthema zwischen der ÖVP und FPÖ wurde. Letztlich wurde ein Kompromiß gefunden, wonach das Schächten aufgrund der Freiheit der Religionsausübung nicht zu verbieten sei, allerdings unmittelbar nach dem Schächtschnitt die Betäubung des Tieres zu erfolgen habe. Vgl. §32 des Bundesgesetzes, mit dem ein Tierschutzgesetz erlassen sowie das Bundes-Verfassungsgesetz, die Gewerbeordnung 1994 und das Bundesministerienengesetz 1986 geändert werden, online unter:

<[http://www.parlament.gv.at/pls/portal/docs/page/PAGE/DE/XXII/II\\_00509/FNAMEORIG\\_021045.HTML](http://www.parlament.gv.at/pls/portal/docs/page/PAGE/DE/XXII/II_00509/FNAMEORIG_021045.HTML)> [20. Juli 2004, Zugriffsdatum] ; FPÖ beharrt auf Schächtverbot, in: *Der Standard*, 17. März 2004.

<sup>56</sup>O.A., Schächten; Aktiver Tierschutz tritt an EU-Kommission heran, in: *Tierschutz-Nachrichten* 4 (2002), 11.

<sup>57</sup>Ebd..

Rezipienten verstehen aufgrund der langen antisemitischen Traditionen die sprachlichen und bildlichen Kodierungen.

Eines der zentralen Medien, die das Bild des »Anderen« seit vielen Jahren immer wieder über antisemitische Anspielungen und Äußerungen zu zeichnen sucht, ist die Tageszeitung *Neue Kronen Zeitung*. Sie trägt letztlich durch ihre regelmäßig, vor allem rund um die Debatten des Bundespräsidentenwahlkampfes 1986 getätigten antisemitischen Anspielungen zur noch immer vorhandenen Akzeptanz des Antisemitismus in Österreich bei und erweckt beziehungsweise bestärkt antisemitische Einstellungen und Ressentiments in der österreichischen Bevölkerung.<sup>58</sup>

Wie schwer sich österreichische Printmedien allerdings mit dem Antisemitismus, einer Kritik an der israelischen Politik und vor allem mit der österreichischen Vergangenheit tun, zeigt sich nicht nur am Beispiel der *Kronen Zeitung*, sondern auch an anderen Printmedien, beispielsweise der drittgrößten österreichischen Tageszeitung *Kleine Zeitung*. So veröffentlichte die *Kleine Zeitung* Mitte Mai 2004 eine Karikatur mit dem Titel »Einst und jetzt«, der das jüdische Schicksal unter dem NS-Regime mit jenem der Palästinenser in der Gegenwart vergleicht.<sup>59</sup> Auf einen Protest des Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Graz, der sich vehement gegen diese »Art der Verunglimpfung des Staates Israel«<sup>60</sup> wandte, sowie eine Intervention des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstandes reagierte der Chefredakteur in der nächsten Ausgabe auf der Leserbriefseite.<sup>61</sup> Er führte diese »überspitzte Zeichnung« auf die »dramatische Situation in Nahost« zurück und verwies zudem auf das Wesen der Karikatur, ehe er Präsident Sonnenschein zustimmte und die Gleichstellung des NS-Regimes und Israels als »unzulässigen Vergleich« akzeptierte.<sup>62</sup> Nicht nur, daß Chefredakteur Zankel die Aussage der Karikatur, wonach das Schicksal, das Juden unter den Nationalsozialisten erlitten haben, mit jenem der Palästinenser gleichzusetzen sei und nun angesichts der Ereignisse und der israelischen Politik relativiert werden müsse, nicht entschieden zurückwies und sich explizit dagegen aussprach, öffnete die *Kleine Zeitung* – wohl als Reaktion – in den folgenden Wochen ihre Leserbriefseite vermehrt israelkritischen

---

<sup>58</sup>Vgl. Evelyn Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik (Anm. 9), 39-45, 49-53; Harald Fidler, Für Richter Frohner ist als »wahr erwiesen«, daß die »Krone« »antisemitische und rassistische Untertöne« verbreitet, in: *Der Standard*, 23. April 2004, <http://derstandard.at/?id=1641142>; Bernd Marin, »Die Juden« in der Kronen-Zeitung. Textanalytisches Fragment zur Mythenproduktion 1974, in: John Bunzl/ders., Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (=Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 3), Innsbruck 1983, 89-169.

<sup>59</sup>Die Karikatur von Petar Pismestrovic zeigt auf der linken Seite einen Soldaten mit Waffe und Hakenkreuzbinde und einen Jungen mit Davidstern auf der Brust vor Ruinen. Auf der rechten Seite ist dieselbe Szene zu sehen, nur daß der Soldat einen Davidstern auf der Armbinde hat und der Junge ein Palästinensertuch um den Kopf. Übertitelt wird das Bild mit »Vergangenheit und ... Gegenwart«. Vgl. Einst und jetzt, Karikatur von Petar Pismestrovic, in: *Kleine Zeitung*, 19. Mai 2004, 7.

<sup>60</sup>Leserbrief von Gerard Sonnenschein, in: *Kleine Zeitung*, 20. Mai 2004, 45.

<sup>61</sup>Der Chefredakteur antwortet, in: ebd.

<sup>62</sup>Ebd.



und teils als antisemitisch einzustufenden Kommentaren. Diese Leserbriefe bedienten sowohl die Bilder einer weltverschwörerischen Allianz zwischen den USA und Israel, die Relativierung der österreichischen Vergangenheit und ihrer Folgen in der Gegenwart angesichts der israelischen Politik<sup>63</sup> wie auch das diffuse Stereotyp des großen jüdischen Einflusses auf Medien.<sup>64</sup>

Somit zeigt sich anhand dieser Kontroverse um eine Karikatur in der *Kleinen Zeitung* sehr anschaulich eine zentrale Ausprägung des österreichischen Antisemitismus und des Umgangs mit ihm. Er bedient sich einerseits alter traditioneller Stereotype, integriert teilweise neue Erscheinungsformen und vermischt diese mit einem konkreten Bezug zur österreichischen Vergangenheit und Gegenwart. Besonders die österreichische NS-Vergangenheit, der inkonsequente Umgang mit ihr und vor allem die aktuellen Debatten um Restitution und Wiedergutmachung werden mit dem Nahostkonflikt vermengt und sollen, durch antisemitische Argumentationsmuster angereichert, zu einer Entlastung eines »schlechten« österreichischen Gewissens führen. Zwar ist man sich, wie der Chefredakteur der *Kleinen Zeitung* zeigt, der antisemitischen Argumentationsmuster bewußt und distanziert sich als Redaktion. Gleichzeitig jedoch gibt man über die Hintertür der »freien Meinungsäußerung« in Form von Leserbriefen den redaktionell nicht tragbaren antisemitischen Ressentiments in den Print- und Internet-Leserforen Platz, bedient und akzeptiert somit ein gewisses Maß an Antisemitismus, der in der Literatur als »Abwehrantisemitismus« oder »sekundärer Antisemitismus« Erwähnung findet.<sup>65</sup> Diese Vorgehensweise kann somit nur als eine Art Zugeständnis an eine antisemitisch gesinnte Leserschaft gewertet werden, zu der man sich in der offiziellen Blattlinie nicht bekennt, in Form veröffentlichter Leserbriefe jedoch sehr wohl zustimmt.

Ein weiteres Forum, in dem antisemitischen Ressentiments ausreichend Platz gewährt wird, sind die Online-Ausgaben und dazugehörigen Diskussionsforen der Tageszeitungen und des ORF. So konnte in den letzten Jahren vermehrt festgestellt werden, daß bei Beiträgen rund um die Fragen des Antisemitismus, der Restitution aber auch der finanziellen Unterstützung für die Israelitische Kultusgemeinde durch öffentliche Stellen häufig Postings mit offen antisemitischen Inhalten publiziert wurden.<sup>66</sup> Ein zentrales Problem dieser Form der Artikulation antisemitischer und rassistischer Geisteshaltung ist, daß die AutorInnen nicht

<sup>63</sup>»Es kann doch nicht sein, daß Israel alles darf und wir (Österreich) wegen Nichtigkeiten mit Sanktionen belegt wurden!« Leserbrief von Sebastian Thaller, in: *Kleine Zeitung*, 24. Mai 2004, 27.

<sup>64</sup>»Die Zeichnung war nicht überspitzt (die Karikaturen sind immer Spitze). Herr Chefredakteur, mehr Rückgrat, nicht gleich in die Knie gehen, wenn Herr Sonnenschein anruft.« Leserbrief von Franz Kuchling, in: *Kleine Zeitung*, 25. Mai 2004, 37.

<sup>65</sup>Vgl. Wolfgang Benz, Antisemitismus: zum Verhältnis von Ideologie und Gewalt, in: Samuel Salzborn (Hg.), Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart (= Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation 2), Bamberg 2004, 33-50, hier 34 f.

<sup>66</sup>Vgl. Bericht des Forum gegen Antisemitismus, in: ZARA (Hg.), Rassismus Report 2003 (Anm. 4), 47.

festmachbar sind. Denn häufig treten sie unter Pseudonymen auf, und es kann nicht eruiert werden, inwieweit sich nicht ein und dieselbe Person unter verschiedenen Namen an diesen Diskussionen beteiligt. Aus diesem Grund sind Aussagen über Repräsentativität antisemitischer Einstellungen angesichts der Postings in Online-Foren kaum möglich. Auskünfte können, wenn überhaupt, dann lediglich über die Betreiber der Websites gegeben werden. Denn beinahe alle Online-Foren werden redaktionell betreut, und dies führte beispielsweise bei *www.derstandard.at* dazu, daß die Möglichkeit der Online-Kommentare bei Artikeln zu bestimmten Themen unterbunden wird.<sup>67</sup> Zwar wird damit das antisemitische Potential mancher Teilnehmer der Online-Foren nicht geringer und auch kein Diskurs darüber, wo Antisemitismus beginnt und wo er endet, geführt, doch werden mediale Publizität und Aufmerksamkeit in den Online-Foren verwehrt. Dies bedeutet letztlich eine teilweise Tabuisierung des Antisemitismus in der Web-Öffentlichkeit, wie es lange Zeit in der Zweiten Republik Usus und sicherlich mit ein Grund für das Weiterbestehen der Vorurteile und Ressentiments war. Eine unmittelbar notwendige Beschäftigung mit und Abwehr von Antisemitismus erfolgt durch eine bloße Reduktion auf die Tabuisierung jedoch nicht. Dies stellt keineswegs die Forderung nach dem Zulassen antisemitischer Posting dar, doch stellt es die Strategie der bloßen Unterbindung ebenso in Frage. Vielmehr sollte die massive Anzahl antisemitischer Kommentare Anlass zur Sorge geben und eine mediale Thematisierung erfahren.

So ist es auch ein österreichisches Spezifikum, daß es im Gegensatz zu Deutschland, der Schweiz oder auch Frankreich kaum mediale Diskurse über das Wesen des Antisemitismus, seine gesellschaftliche Bedeutung und mögliche Strategien der Abwehr gibt. Antisemitismus ist vorhanden oder nicht, er wird publiziert oder nicht. Seine Inhalte, Grenzen und Gefahren werden jedoch kaum öffentlich verhandelt, und wenn doch, so werden meist Debatten aus dem benachbarten Ausland, wie jene der »Affäre Hohmann«, oder der Frage eines linken Antisemitismus der Globalisierungsgegner importiert und in vereinzelt Medien für kurze Zeit, zumeist ohne nennenswerte nachhaltige Resonanz, besprochen.<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup>Z.B. beim Kommentar von Uri Avnery »Die Gespenster der Marie Leonie« am 20. Juli 2004 wurden Postings mit folgender Begründung unterbunden: »Aufgrund der großen Anzahl an antisemitischen Postings sieht sich derStandard.at/Politik gezwungen, zu diesem Artikel ausnahmsweise keine Postings zuzulassen.« <http://derstandard.at/druck/?id=173480>, 22. Juli 2004.

<sup>68</sup>Zu nennen ist hier vor allem die Kommentarseite des *Standard*, aber auch das Feuilleton der *Presse* wie auch der Wiener Stadtzeitung *Falter*. Exemplarisch sei auf die kurze Debatte über den Antisemitismus der Globalisierungsgegner, die zwischen Paul Lendvai und Robert Misik in *Der Standard* geführt wurde, verwiesen. Vgl. Paul Lendvai, Gegen Beschwichtiger, in: *Der Standard*, 20. November 2004; Robert Misik, Hermeneutik des Verdachts. Wider die Mär vom »wachsenden« Antisemitismus der Globalisierungskritiker, in: *Der Standard*, 3. Dezember 2003, 27.

## *Fazit*

Es ist somit festzustellen, daß es in Österreich verschiedenste Formen des traditionellen wie auch neuen Antisemitismus gibt und dieser zum Teil auch auf breiten Widerhall stößt. Eine öffentliche Auseinandersetzung über Fragen des Antisemitismus und dessen gesellschaftliche Bedeutung findet jedoch kaum statt. Das liegt neben der noch immer weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz antisemitischer Äußerungen in Österreich vor allem am Fehlen einer entsprechenden medialen Öffentlichkeit, in der Werte- und Normendebatten über die Gestaltung und Zusammensetzung der Gesellschaft geführt werden.

Dieser Befund führt zu einer weiteren Eigenart im österreichischen Umgang mit Antisemitismus. Denn mangels einer kritischen diskursiven Öffentlichkeit werden Fragen des Antisemitismus über weite Strecken in Form von Ruf- und Kreditschädigungsklagen vor Gericht verhandelt. Auslöser dieser Entwicklung war sicherlich auch eine Praxis der FPÖ und vor allem Jörg Haider, der seit Mitte der achtziger Jahre politische Gegner, aber auch kritische Medien regelmäßig wegen diverser kritischer Äußerungen vor Gericht zitierte. So beispielsweise den Leiter des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes Wolfgang Neugebauer und auch den Präsidenten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant, der im Zuge des Wiener Landtagswahlkampfes 2001 darauf hingewiesen hat, daß die FPÖ für das wachsende Aggressionspotential der AntisemitInnen verantwortlich sei.<sup>69</sup> Aber nicht nur die FPÖ und Jörg Haider tragen den Antisemitismusvorwurf über die Gerichte aus, sondern auch Ariel Muzicant setzte sich gegen antisemitische und diffamierende Äußerungen gerichtlich zur Wehr und erzielte letztlich einen Sieg über Jörg Haider, der anlässlich einer »Aschermittwoch-Rede« in Ried im Innkreis mit dem Wortspiel hatte aufhorchen lassen: »Ich verstehe nicht, wie jemand, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann.«<sup>70</sup> Das Ende derartiger Auseinandersetzungen sind in der Regel Ehrenerklärungen und Widerruf.<sup>71</sup> Auch der Chefredakteur der Tageszeitung *Der Standard*, Hans Rauscher, mußte anlässlich einer Klage des Herausgebers und Miteigentümers der *Neuen Kronen Zeitung*, Hans Dichand, den Wahrheitsbeweis vor Gericht antreten, daß die *Krone* »antisemitische und rassistische« Untertöne verbreitet.<sup>72</sup>

---

<sup>69</sup>Vgl. Heribert Schiedel, Die FPÖ und der Antisemitismus – Ein lange verdrängter Aspekt, Homepage des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes unter: <[www.doew.at/thema/fpoe/schiedel.html](http://www.doew.at/thema/fpoe/schiedel.html)> [6. Juli 2004].

<sup>70</sup> Aschermittwoch-Treffen in Ried, 28. Februar 2001. Rede von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, in: Pelinka/ Wodak (Hg.) (Anm. 16), 228-241, hier 233.

<sup>71</sup>Jörg Haider verpflichtete sich angesichts der gerichtlichen Niederlage gegenüber Ariel Muzicant in fünf Ehrenerklärungen, derartige Äußerungen nicht mehr zu tätigen. Vgl. Haider entschuldigt sich: Rechtsstreit mit Muzicant beigelegt, in: *Die Presse*, 1. Februar 2002.

<sup>72</sup>Fidler, Für Richerin Frohner (Anm. 57).

Antisemitismus spielt somit in der Öffentlichkeit, und besonders wenn es um Fragen der identitären Grenzziehungen, der Bestimmungen des »Eigenen« und »Fremden« geht, eine bedeutende Rolle. Dabei wird, ganz der Funktionsweise kultureller Codes entsprechend, davon ausgegangen, daß die verschiedensten antisemitischen Anspielungen und Äußerungen verstanden werden. Eine öffentliche Debatte über die Zulässigkeit antisemitischer Äußerungen, wie auch eine grundsätzlichen Bestimmung, was den antisemitisch sei und was nicht, finden allerdings in der Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Gerichtssälen statt. Es erfolgt somit keine öffentliche Demontage der Codes. Das Problem des Antisemitismus und letztendlich auch die Frage der Gestaltung der Gesellschaft wird aus dem Kanon der öffentlich zu verhandelnden Themen herausgenommen und zu einem Tatbestand degradiert, der lediglich unterschiedliche Streitparteien als Privatpersonen betrifft. Damit stellen sich die Gesellschaft und die kritische, mediale Öffentlichkeit gleichsam aus der Verantwortung, wesentliche Themen über ihr Selbstbild und ihre Identitäten öffentlich auszuverhandeln.